

1 **S-06**

2 **Antragsteller: UB Münster**

3

4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

5

6 **Hartz IV abschaffen! – Impulse für eine Alternative**  
7 **zum Hartz IV-System**

8

9 Nach Jahren, in denen Debatten über die Abschaffung  
10 von Hartz IV mit dem Hinweis abgetan wurden, dass  
11 das doch fruchtlose Vergangenheitsbewältigung sei,  
12 scheint sich jetzt von der OV-Ebene bis zur Parteispit-  
13 ze ein Konsens eingestellt zu haben: So, wie es ist, kann  
14 es nicht bleiben. Die Partei ist mittlerweile dazu bereit,  
15 einen ihrer zentralsten Fehler zu korrigieren und dis-  
16 kutiert nun an verschiedenen Stellen durchaus unter-  
17 schiedlich über das Wie dieser Korrektur. Diese verän-  
18 derte Debattenbereitschaft begrüßen wir ausdrücklich  
19 und wir möchten unsererseits zentrale Punkte zur Über-  
20 windung von Hartz IV benennen, die in der Debatte be-  
21 rücksichtigt werden müssen, damit die Korrektur ge-  
22 lingt.

23

24 **Unsere Idee eines aktiven, solidarischen Sozialstaats**

25

26 Wenn wir als Partei verloren gegangene Glaubwürdig-  
27 keit wieder zurückgewinnen wollen, darf die Diskussion  
28 um eine Alternative zu Hartz IV nicht zu einer Mogel-  
29 packung verkommen. Deshalb braucht es nicht weni-  
30 ger als einen Paradigmenwechsel in unserem Verständ-  
31 nis vom Sozialstaat, einer ursozialdemokratischen Er-  
32 rungenschaft. Der Geist des Fördern und Forderns hat  
33 sich als Hirngespinnst herausgestellt und ist als Sozial-  
34 staatsprinzip gescheitert. Im neoliberalen Zeitgeist der  
35 Nullerjahre haben wir der grundfalschen Idee eines ak-  
36 tivierenden Sozialstaats zum Erfolg verholfen, die das  
37 System aus der Perspektive des Missbrauchs heraus ge-  
38 dacht hat und ein entsprechendes Sanktionsregime in-  
39 stalliert. Das hat Millionen von Menschen ohne Arbeit  
40 unter Generalverdacht gestellt und zu einer massiven  
41 Entfremdung zwischen Partei auf der einen und Ge-  
42 werkschaften und Wähler\*innen auf der anderen Sei-  
43 te geführt. Man ging davon aus, dass die Bürger\*innen,  
44 die von Arbeitslosigkeit betroffen waren, grundsätzlich  
45 eher dazu neigten, das System des Sozialstaats auszu-  
46 nutzen und verfolgte daher den Ansatz, dass diese nur  
47 ausreichend angetrieben und aktiviert werden müss-  
48 ten, um wieder arbeiten zu gehen. Mit dieser Kultur des  
49 Misstrauens muss nun Schluss sein!

50

51 In unserem Konzept des Sozialstaats gehören solche  
52 Unterstellungen der Vergangenheit an. Unser Sozial-  
53 staat ist kein aktivierender, sondern ein solidarischer  
54 und aktiver, der alle Menschen gegen die Willkür einer  
55 kapitalistischen Wirtschaftsweise absichert. Was heißt  
56 das?

57

58 Wir begreifen Arbeitslosigkeit nicht länger als ein indivi-  
59 duelles Scheitern des einzelnen Menschen, sondern als

**Empfehlung der Antragskommission: Erledigt**

Erledigt durch Annahme von L-01 und L-02

60 ein Scheitern der Gesellschaft, die nicht in der Lage ist,  
61 Arbeit und damit auch anständige Einkommen gerecht  
62 zu verteilen. Daraus ergibt sich eine Verantwortung des  
63 Sozialstaats, den Menschen, die von Arbeitslosigkeit be-  
64 troffen sind, Angebote zur (Weiter-)Qualifizierung und  
65 zu einer sozialversicherungspflichtigen, möglichst tarif-  
66 gebundenen Arbeit zu machen. Der Sozialstaat selbst  
67 muss also aktiv sein und zum Beispiel auch schon bei  
68 drohender Arbeitslosigkeit präventiv tätig werden und  
69 nicht mehr wie bisher Menschen aktivieren und gän-  
70 geln.

71  
72 Wir stehen zur Zentralität der Erwerbsarbeit, weil wir  
73 der Auffassung sind, dass Arbeit der zentrale Schlüs-  
74 sel für gesellschaftliche Teilhabe ist. Das bedeutet im  
75 Umkehrschluss selbstredend nicht, dass Menschen, die  
76 keiner Erwerbsarbeit nachgehen können, von der ge-  
77 gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen sind. Auch hier  
78 ist der Sozialstaat gefragt, ein möglichst autonomes,  
79 selbstbestimmtes Leben zu garantieren. Wer aber arbei-  
80 ten kann und möchte, sollte dazu in die Lage versetzt  
81 werden und ein entsprechendes Angebot dazu erhal-  
82 ten. Deshalb setzen wir uns mittelfristig für ein Recht  
83 auf Arbeit ein.

84  
85 Vollzieht man den hier skizzierten Paradigmenwech-  
86 sel weg vom aktivierenden und gängelnden Sozialstaat  
87 hin zu einem aktiven und solidarischen nach, ergeben  
88 sich aus unserer Perspektive auf verschiedenen Feldern  
89 Handlungsbedarfe.

90  
91 **Der Elefant im Raum: Für die Sanktionsfreiheit!**

92  
93 Eines der kontrovers diskutiertesten Themen ist die Fra-  
94 ge der Sanktionen. Sie stehen wie nichts anderes für  
95 den fatalen Fehler, den unsere Partei gemacht hat, weil  
96 sie den Staat da zu einer Strafinstanz gemacht haben,  
97 wo er unterstützend wirken müsste. Dadurch wurden  
98 Bürger\*innen zu Bittsteller\*innen; wurden vollständige  
99 Mitglieder unserer Gesellschaft an ihren Rand gedrängt.  
100 Besonders hart von den Sanktionen sind Menschen  
101 unter 25 Jahren betroffen, da ihnen schon bei kleinsten  
102 Verstößen gegen Auflagen die Leistungen tempo-  
103 rär komplett gestrichen werden können. Bei wiederhol-  
104 ten Verstößen kann zusätzlich das Geld für Heizung  
105 und Miete gekürzt und letztlich vollständig gestrichen  
106 werden. Diese Sozialleistungen sind für uns aber nicht  
107 irgendwelche Almosen, die Menschen aus Gnade ge-  
108 währt werden. Sozialleistungen sind der gerechte Bei-  
109 trag einer Solidargemeinschaft, auf den alle Mitglieder  
110 ein Anrecht haben, die darauf angewiesen sind.

111  
112 Die Praxis der Sanktionen ist mit unserer Idee eines ak-  
113 tiven und solidarischen Sozialstaats daher unvereinbar.  
114 Wir fordern deshalb die vollständige Sanktionsfreiheit.

115  
116 Auch einem Anreiz- und Boni-System, welches gera-  
117 de quasi als positive Alternative zu den Sanktionen ins

118 Spiel gebracht wird, erteilen wir eine klare Absage, weil  
119 es den gleichen falschen Geist atmet. Auch hinter der  
120 Idee von Leistungsprämien für Empfänger\*innen von  
121 Sozialleistungen steckt die falsche Annahme, dass Men-  
122 schen aktiviert werden müssen, damit sie wieder einer  
123 Arbeit nachgehen. Die Ersetzung der Sanktionen durch  
124 ein solches Anreiz-System wäre in dem Sinne genau die  
125 Mogelpackung, die wir uns als Partei nicht leisten kön-  
126 nen, wenn wir es wirklich ernst meinen. Hier wird ver-  
127 sucht, der alten Bruchbude Hartz IV einen neuen An-  
128 strich zu verpassen. Wir brauchen aber keine Renovie-  
129 rung, sondern einen Neubau!

130

### 131 **1,06 € für Bildung – Wirkliches Existenzminimum ge-** 132 **währleisten**

133

134 Der aktuelle Basis-Regelsatz für das Arbeitslosengeld  
135 (ALG) II liegt für Alleinstehende (Regelbedarfsstufe 1) bei  
136 416 €. Ab dem 01. Januar 2019 wird er bei 424 € liegen. Er  
137 setzt sich aus verschiedenen Einzelposten zusammen,  
138 die jeweils prozentual gewichtet werden. 0,26 % des Re-  
139 gelsatzes wird beispielsweise für den Posten ‚Bildung‘  
140 veranschlagt, was beim aktuellen Regelsatz 1,06 € pro  
141 Monat bedeutet. Um das nochmal zu verdeutlichen:  
142 Gut ein Euro im Monat steht Empfänger\*innen des ALG  
143 II laut Berechnung für Bildung zur Verfügung.

144

145 Zusätzlich zu dem so berechneten Regelsatz besteht  
146 ein Anspruch auf Übernahme der Kosten für Unter-  
147 kunft und Heizung für einen angemessenen Wohn-  
148 raum. Auch hier wird wieder ein Unterschied zwischen  
149 Personen unter 25 Jahren und dem Rest gemacht. Emp-  
150 fänger\*innen des ALG II, die unter 25 Jahren sind, haben  
151 nur unter bestimmten Bedingungen einen Anspruch  
152 auf Übernahme der Kosten für Unterkunft und Heizung,  
153 sofern sie bei ihren Eltern ausziehen möchten. Sie sind  
154 dazu verpflichtet, sich im Vorfeld eines Auszugs die Zu-  
155 stimmung zur Kostenübernahme vom Jobcenter einzu-  
156 holen.

157

158 Dieser unsägliche status quo unterstreicht den dringen-  
159 den Handlungsbedarf. Die aktuellen Regelsätze schlie-  
160 ßen Menschen von der gesellschaftlichen Teilhabe aus.  
161 Ein Existenzminimum in unserem Sinne gewährleistet  
162 aber genau dies: Ein möglichst selbstbestimmtes Leben  
163 und die vollständige Teilhabe an der Gesellschaft. Da-  
164 her fordern wir eine Neuberechnung und deutliche Er-  
165 höhung der Sozialleistungen im Falle der Arbeitslosig-  
166 keit. Die ständige Anpassung der Höhe dieser Sozial-  
167 leitungen muss dabei an die allgemeine Lohnentwick-  
168 lung gekoppelt sein. Denkbar wäre, zur Ermittlung und  
169 Anpassung der Höhe eine Sachverständigenkommissi-  
170 on zu beauftragen, wie es der DGB vorschlägt.

171

### 172 **Umbrüche im Erwerbsleben abfedern**

173

174 Neben der Erhöhung der Regelsätze ist es unserer Mei-  
175 nung nach eine der wichtigsten Aufgaben des Sozial-

176 staats zu verhindern, dass Menschen überhaupt auf die  
177 se Regelsätze angewiesen sind. Dazu ist der bereits be-  
178 schriebene Paradigmenwechsel unabdingbar. Der Sozi-  
179 alstaat selbst muss aktiv werden und die Energie und  
180 Ressourcen, die er bisher darauf verwendet, Menschen  
181 mit Sanktionen zu drohen und diese durchzusetzen, da-  
182 für einsetzen, dass Menschen Qualifizierungsmöglich-  
183 keiten erhalten. Neben einem Recht auf Arbeit fordern  
184 wir folgerichtig ein Recht auf Weiterbildung.

185  
186 Aufgrund der Tatsache, dass sich unsere Wirtschaft  
187 nach wie vor in einem grundlegenden und vielleicht  
188 ständigen Wandel befindet, wird es auch in Zukunft und  
189 teilweise verstärkt zu Umbrüchen im individuellen Er-  
190 werbsleben kommen. Hier hat der Sozialstaat die Auf-  
191 gabe, Menschen präventiv vor Arbeitslosigkeit zu schüt-  
192 zen. Damit er diese Aufgabe wahrnehmen kann, muss  
193 sich die Agentur für Arbeit zu einer Agentur für Arbeit  
194 und Qualifizierung entwickeln. Dort haben Menschen  
195 dann ein Anrecht auf intensive Beratung, Betreuung  
196 und Vermittlung, um erst gar nicht von Arbeitslosigkeit  
197 betroffen zu sein. Und in den Fällen, in denen dies den-  
198 noch geschieht, darf dies nicht so zügig wie bisher das  
199 Abrutschen in den Leistungsbezug des ALG II bedeuten  
200 oder zur Aufnahme eines Arbeitsverhältnisses deutlich  
201 unterhalb der eigenen Qualifikation.

202  
203 Daher fordern wir

- 204
- 205 • eine deutlich längere Bezugsdauer des ALG I von bis  
206 zu vier Jahren.
- 207 • eine Mindesthöhe des ALG I von 850 €.
- 208 • eine Reform der Anwartschaftszeiten und Rahmen-  
209 fristen, die Grundvoraussetzung für den Bezug des  
210 ALG I sind. Wer in einer Rahmenfrist von drei Jahren  
211 sechs Beitragsmonate nachweisen kann, darf kein  
212 Fall für das ALG II sein. Dies ist insofern ein absolutes  
213 Gebot der Gerechtigkeit, als es im Moment zahlrei-  
214 che Beschäftigte in der Leiharbeit und in befristeten  
215 Arbeitsverhältnissen gibt, die zwar Beiträge leisten,  
216 aber sofort in die Grundsicherung fallen, sobald sie  
217 ihre Arbeit verlieren.
- 218 • die Anrechnung von Erziehungs- und Pflegezeiten  
219 als Beschäftigungszeiten. Wenn wir über Umbrü-  
220 che im Erwerbsleben sprechen, muss dies explizit  
221 auch aus einer feministischen Perspektive gesche-  
222 hen. Gerade Frauen\* sind aufgrund der Tatsache,  
223 dass sie nach wie vor einen Großteil der unbezahl-  
224 ten Erziehungs- und Pflegearbeit leisten, besonders  
225 stark von Armut betroffen, weil diese nicht berück-  
226 sichtigt bzw. für selbstverständlich gehalten wird  
227 und sie dadurch häufig keinen Anspruch auf das  
228 ALG I haben.
- 229 • eine Reform der Zumutbarkeitsregelungen bei der  
230 Jobvermittlung. In den ersten Jahren der Arbeitslo-  
231 sigkeit dürfen nur Jobs, die dem eigenen Qualifika-  
232 tionsniveau entsprechen, als zumutbar gelten.
- 233 • ein Recht auf einen sozialversicherungspflichtigen,

234 tariflich bezahlten Arbeitsplatz im sozialen Arbeits-  
235 markt insbesondere für Menschen, bei denen Lan-  
236 gezeitarbeitslosigkeit droht oder bereits eingetre-  
237 ten ist.

238

239 **Arbeit muss anständig entlohnt werden!**

240

241 Ein weiterer untragbarer Zustand im aktuellen Hartz IV-  
242 System ist die Tatsache, dass über ein Viertel der ALG II-  
243 Bezieher\*innen einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Über  
244 eine Millionen Menschen gehen teilweise sogar Vollzeit  
245 einer Arbeit nach, von der sie nicht leben können und  
246 daher auf zusätzliche Unterstützung des Sozialstaats  
247 angewiesen sind. In vielen Fällen subventioniert die So-  
248 lidargemeinschaft Billiglöhne, weil manche Unterneh-  
249 men nicht willens sind, Arbeit anständig zu entlohnen.

250

251 Um diesem Zustand ein Ende zu bereiten, fordern wir

252

- 253 • auf der Lohnseite eine deutliche Erhöhung des Min-  
254 destlohns, sodass Arbeitnehmer\*innen nicht mehr  
255 auf aufstockende Leistungen angewiesen sind, die  
256 Stärkung der Tarifbindung und die Erleichterung  
257 von allgemeinverbindlichen Tarifverträgen.
- 258 • in Bezug auf den Sozialstaat eine deutliche Ent-  
259 schärfung der Anrechnung des selbstverdienten  
260 Einkommens einer Person auf Hartz IV, damit Men-  
261 schen, die arbeiten gehen, mehr von ihrem Lohn  
262 bleibt.

263

264 **Paradigmenwechsel auch in der Frage der Anrechnung  
265 von erspartem Vermögen**

266

267 Nachdem bisher das Einkommen im Fokus stand, be-  
268 steht eine weitere zentrale Ungerechtigkeit, von der  
269 ALG II-Empfänger\*innen betroffen sind, im Zusammen-  
270 hang mit ihrem ersparten Vermögen. In der Regel ist da-  
271 von ohnehin nicht übermäßig viel vorhanden und den-  
272 noch sind die Betroffenen dazu aufgefordert, zunächst  
273 die mühsam ersparten Rücklagen bis zu einem sehr ge-  
274 ringen Freibetrag aufzubrechen, was von Behördensei-  
275 te aus mit einigem bürokratischen Aufwand verbunden  
276 ist. Davon betroffen ist auch das Wohneigentum, sofern  
277 dies vorhanden ist, was zu der absurden Situation führt,  
278 dass manche ALG II-Bezieher\*innen ihre Wohnung, die  
279 sie selbst nutzen, verkaufen müssen, damit der Staat im  
280 Anschluss die Miete für eine kleinere Wohnung über-  
281 nimmt.

282

283 Um diese Form des massiven Eingriffs in eine selbstbe-  
284 stimmte Lebensführung zu beenden, fordern wir auch  
285 in der Frage der Anrechnung von erspartem Vermögen  
286 einen Paradigmenwechsel. Wir fordern, dass in Zukunft  
287 die bürokratisch aufwendige Prüfung von Vermögens-  
288 werten entfällt und nur noch in begründeten Ausnah-  
289 mefällen durchgeführt wird, sodass Menschen nicht  
290 länger dazu gezwungen werden, im Falle der Arbeitslo-  
291 sigkeit ihr erarbeitetes Vermögen aufzubrechen.

292

293 **Kinderarmut bekämpfen mit einer eigenständigen Kin-**  
294 **dergrundsicherung**

295

296 Zu guter Letzt muss eine Personengruppe in den Blick  
297 genommen werden, die sich zwar im Bezug des Ar-  
298beitslosengelds II befindet, zu einem großen Teil aber  
299 noch gar nicht arbeiten kann und darf. Ein Drittel aller  
300 Bezieher\*innen von Hartz IV sind Kinder und Jugendli-  
301 che, die sich teilweise ab dem Zeitpunkt ihrer Geburt in  
302 Armut befinden und dort nur schwer herauskommen,  
303 trotz staatlicher Familien- und Kinderförderung. 2 Mil-  
304 lionen Heranwachsende sind das in Zahlen, die zeigen,  
305 dass die bisherigen Maßnahmen versagen. Aus diesem  
306 Grund schließen wir uns der Forderung einer eigenstän-  
307 digen Kindergrundsicherung an, damit Kinder und Ju-  
308 gendliche endlich aus dem Hartz IV-System herauskom-  
309 men, in dem sie nichts verloren haben.

310

311 **Fazit**

312 Die hier angesprochenen Punkte ergeben zusammen-  
313 genommen noch kein vollständiges Konzept zur Über-  
314 windung von Hartz IV. Aber es sind entscheidende  
315 Schritte, die unbedingt gegangen werden müssen, da-  
316 mit unsere Partei wieder glaubwürdig für eine solidari-  
317 sche und progressive Sozialpolitik steht, weil sie den Ge-  
318 burtsfehler der Hartz-Reformen – ihre neoliberale Ideo-  
319 logie – endlich begraben. Wir sind mitten in der Debat-  
320 te und das ist auch gut so. Weitere Forderungen werden  
321 mit Sicherheit hinzukommen, mit weniger als dem hier  
322 Geforderten dürfen wir uns aber in jedem Fall nicht zu-  
323 frieden geben.